

## Sicherheitsgipfel in Bremen: Schutz für Jüdinnen und Juden im Fokus!

Am 3. Juli 2025 tauschten sich der Bremer Senat und die Jüdische Gemeinde über Sicherheitsfragen und Antisemitismus aus.



**Bremen, Deutschland** - Am 3. Juli 2025 fand ein wichtiger Meinungs austausch zwischen der Jüdischen Gemeinde im Land Bremen und dem Senat statt, ganz im Zeichen der Sicherheit für Jüdinnen und Juden. Angesichts der besorgniserregenden Entwicklungen nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel und den militärischen Auseinandersetzungen in Gaza, wollte man die aktuelle Lage beleuchten und Lösungen erarbeiten. Der Senat twitterte nicht umsonst die Bereitschaft, die Sicherheit der jüdischen Gemeinschaft in Bremen zu gewährleisten. „Jüdisches Leben muss sichtbar und sicher sein“, bekräftigte Bürgermeister Andreas Bovenschulte während des Treffens, ganz im Sinne der vorherrschenden Ansichten in der Jüdischen Gemeinde, vertreten durch Elvira Noa und Rabbiner Natanel Teitelbaum.

Die Botschaft der Sicherheit kam zum richtigen Zeitpunkt. In Niedersachsen hat sich die Zahl antisemitischer Vorfälle im Jahr 2024 fast verdoppelt und erreicht damit einen neuen Höchststand. Laut der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) sind 650 Taten erfasst worden, darunter bedrohliche Angriffe und Sachbeschädigungen. Solche Zahlen machen deutlich, wie besorgniserregend die Situation tatsächlich ist. „Es besteht eine alarmierende Tendenz“, äußerte RIAS-Projektleiterin Katarzyna Miszkiewicz-Deppe und forderte mehr Anstrengungen gegen Judenfeindlichkeit. Die brutalen Vorfälle, wie ein Brandanschlag auf die Synagoge in Oldenburg, werden dabei besonders kritisch betrachtet.

## **Der Senat spricht sich klar gegen Antisemitismus aus**

Im Dialog mit der Jüdischen Gemeinde unterstrich der Senat nicht nur die Notwendigkeit, antisemitische Gewalttaten energisch zu verurteilen, sondern auch die Bedeutung der Zusammenarbeit mit der Gemeinde. Innensenator Ulrich Mäurer betonte, dass die Sicherheitsbehörden bereit sind, jegliche Form von Bedrohung gegen die jüdische Gemeinschaft zu verhindern. „Antisemitismus hat keinen Platz im Land Bremen“, stellte Finanzsenator Björn Fecker klar und erinnerte an die große Verantwortung, die alle Bürger tragen müssen.

Die besorgten Stimmen in der Jüdischen Gemeinde kommen nicht von ungefähr. Grigori Pantijelew berichtete von vielen Zuschriften von besorgten Menschen nach dem Terrorangriff am 7. Oktober 2023. Schulen haben ebenfalls eine zentrale Rolle, wie Bildungssenatorin Sascha Karolin Aulepp bemerkte: Diese Lernorte sollten Respekt und Vielfalt fördern und dürften keinen Raum für Antisemitismus bieten.

## **Zahlen sprechen für sich**

Die jüngsten Entwicklungen stehen nicht isoliert da. Laut einer

Statistik wurden im Jahr 2022 über 2.600 antisemitische Delikte in Deutschland verzeichnet, wobei verletzendes Verhalten und Angriffe an der Tagesordnung sind. In einem weiteren Kontext stellt sich die Situation für jüdische Menschen als äußerst angespannt dar. Der Druck auf jüdische Gemeinden wächst stetig, insbesondere nach pro-palästinensischen Demonstrationen, die oft von antisemitischen Parolen begleitet werden. Der anhaltende Anstieg solcher Vorfälle, vor allem seit dem Ausbruch der aktuellen Konflikte, macht eine gesellschaftliche Wende notwendig.

Die Jüdische Gemeinde in Bremen bedankt sich beim Senat für die Unterstützung und fordert gleichzeitig konkrete Maßnahmen zur Sicherheit ihrer Mitglieder. „Der Schutz jüdischen Lebens ist eine Investition in die Zukunft für alle Bürger“, betonte Elvira Noa. Die beschlossenen Maßnahmen sind auch ein Schritt in die richtige Richtung, um das Beratungs- und Sensibilisierungsangebot an Hochschulen auszubauen und Schulungen für Mitarbeitende im öffentlichen Dienst anzubieten.

Es bleibt zu hoffen, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Senat und der Jüdischen Gemeinde nicht nur ein kurzer Impuls bleibt, sondern eine langfristige Vision für eine sichere und respektvolle Gesellschaft in Bremen beinhaltet. In Zeiten, in denen 215 Personen im Jahr 2024 direkt von antisemitischen Taten betroffen waren, ist es entscheidend, dass alle Bürgerinnen und Bürger aufstehen und sich für eine friedliche Koexistenz einsetzen.

Weitere Informationen zu den Entwicklungen rund um Antisemitismus finden sich auch hier: **Senatspressestelle Bremen, n-tv, Statista.**

Details	
<b>Ort</b>	Bremen, Deutschland
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.senatspressestelle.bremen.de">www.senatspressestelle.bremen.de</a></li></ul>

## Details

- [www.n-tv.de](http://www.n-tv.de)
- [de.statista.com](http://de.statista.com)

**Besuchen Sie uns auf: [mein-bremen.net](http://mein-bremen.net)**